

Sozialistische und soziale Marktwirtschaft

Während man noch vor Jahren den Sozialisten vorwarf, eine Brotmarken-Zwangswirtschaft anzustreben, hört man heute oft die Bemerkung, die sozialistische Wirtschaftspolitik unterscheide sich in ihren Forderungen im Grunde nicht mehr vom modernen wirtschaftlichen Liberalismus. So verkündete Prof. *Erhard* bei seinem letzten Besuch in London mit Stolz, daß ja auch die sozialdemokratische Opposition in Deutschland jetzt Anhängerin des Wirtschaftsliberalismus sei. Zur Begründung dieser These verweist man dabei auf die letzten Tagungen der SPD, auf denen sich führende Wirtschaftsexperten der Partei für die Marktwirtschaft eingesetzt hätten. Selbst manche Anhänger des demokratischen Sozialismus glauben, daß die SPD damit ihre alten sozialistischen Ziele aufgegeben und den Sozialismus verraten habe¹⁾.

Ist es wirklich so? Bedeutet das stärkere Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung tatsächlich eine Änderung der wirtschaftspolitischen oder gar der gesamtpolitischen Konzeption? Um diese Frage zu klären, ist es notwendig, Klarheit in verschiedene Begriffe zu bringen und einmal zu untersuchen, welche Bedeutung der immer wieder erörterten Frage „Für oder gegen Marktwirtschaft“ zukommt.

Nach wie vor nimmt die Frage „Marktwirtschaft oder Planwirtschaft“ einen breiten Raum in der wirtschaftspolitischen Diskussion ein. Die Teilnehmer an dieser Diskussion

1) Eine solche Auffassung spricht z. B. aus jeder Zeile des in Nr. 5/1956 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ erschienenen Artikels von B. Reichenbach „Sozialismus in unserer Zeit“.

versäumen es dabei aber fast immer, vorher die benutzten Termini zu erläutern und klar zu umreißen. Wenn z. B. in dem erwähnten Artikel Reichenbach *die* Marktwirtschaft ablehnt, dann meint er damit nicht das Prinzip des marktwirtschaftlichen Zusammenwirkens der Einzelwirtschaften, sondern eine ganz bestimmte historisch vorgefundene und an einer bestimmten politischen Grundanschauung ausgerichtete Marktwirtschaft. Ebenso unklar ist der Terminus „Planwirtschaft“. Es ist an der Zeit, beide Termini als Kennzeichnung für eine Wirtschaftsverfassung fallenzulassen, da damit im allgemeinen Sprachgebrauch die verschiedensten Begriffe verbunden werden. *Die* Planwirtschaft reicht von gelegentlichen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft bis zu einer extremen zentralen Totalplanung. Mit „Marktwirtschaft“ kann sowohl die Laissez-faire-Wirtschaft des Liberalismus, wie die „Wettbewerbsordnung“ des Neoliberalismus, als auch eine nach sozialistischen Grundsätzen gestaltete Marktwirtschaft gemeint sein.

Die Praxis zeigt zudem sehr klar, daß die von einigen Neoliberalen verkündete Unvereinbarkeitslehre, nach der planwirtschaftliche und marktwirtschaftliche Elemente auf die Dauer in einer Wirtschaftsordnung nicht nebeneinander bestehen können, falsch ist. Es gibt heute keine Wirtschaftsverfassung, die nur marktwirtschaftlich orientiert ist, wie es ebenso keine reine Verwaltungswirtschaft gibt. Stets sind beide Steuerungsmechanismen miteinander gekoppelt, lediglich die Stärkegrade dieser beiden Ordnungsprinzipien sind in den einzelnen Wirtschaftsverfassungen verschieden. Über diese Stärkegrade und über die Form des Ineinandergreifens von plan- und marktwirtschaftlichen Elementen muß selbstverständlich diskutiert werden.

Hier kann man dann feststellen, daß der freiheitliche Sozialismus heute — allerdings setzte die Entwicklung dazu nicht erst seit dem 2. Weltkrieg, sondern schon einige Jahrzehnte früher ein — dem marktwirtschaftlichen Element stärkere Beachtung schenkt. Bis 1933 war die Mehrheit der Anhängerschaft des freiheitlichen Sozialismus der Auffassung, die Einführung einer zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft wäre zusammen mit einer Änderung der Eigentumsordnung in der Lage und nur allein fähig, die sozialistischen Ziele durchzusetzen. Inzwischen ist manches geschehen. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, daß in einer Wirtschaftsordnung, die weitgehend durch eine Staatsbürokratie gelenkt wird, die Menschen in Gefahr geraten, ihre innere Freiheit zu verlieren. Man mußte immer klarer erkennen, daß „der Lenkungsapparat zentral geleiteter Verwaltungswirtschaften die Tendenz hat, ein Eigenleben zu entfalten, das sich nicht mehr wirksam durch eine (die Freiheit schützende) politische Ordnungsgewalt beherrschen läßt“ (Mellmer These Nr. 11 der SPD).

Der freiheitliche Sozialismus hat aus der Erfahrung die notwendigen Lehren gezogen und das marktwirtschaftliche Steuerungselement stärker in seine Wirtschaftsordnung einbezogen. Hat er sich aber damit tatsächlich dem Liberalismus genähert?

Ganz abgesehen davon, daß die Auffassung über die Anwendungsbereiche der marktwirtschaftlichen Koordination zwischen Sozialisten und Liberalen noch immer weit auseinandergehen, muß einmal klar herausgestellt werden:

Erstens ist die Frage „Mehr oder weniger Marktwirtschaft?“ nur eine Teilfrage der Wirtschaftspolitik.

Zweitens ist die Wirtschaft als solche immer nur eine Angelegenheit der Mittel, nicht aber des Zieles. Eine Änderung der wirtschaftspolitischen Konzeption kann daher allein niemals „Verrat an der sozialistischen Idee“ bedeuten.

Die Entscheidung für oder gegen Marktwirtschaft gibt Antwort auf die Frage, wie die Einzelwirtschaften in der Gesellschaft koordiniert werden sollen. Die Ordnung des Zusammenwirkens der Haushalte und der Unternehmen untereinander ist sicherlich eine sehr wesentliche Frage, aber auf keinen Fall die allein interessierende. Ebenso wichtig ist z. B. auch die Frage, wie die innere Verfassung der Einzelwirtschaften beschaffen sein soll, etwa die Frage, welche Unternehmenstypen in der Wirtschaft gefördert werden sollen. In der

Überschätzung der Bedeutung der Frage nach der Koordination kommt immer noch der einstige Glaube der Liberalen an die Wunderwirkung des Marktmechanismus und an die prästabilisierte Harmonie zum Ausdruck. Wenn auch die Neoliberalen betonen, in der Marktwirtschaft nicht mehr das „Idol einer Weltanschauung“ (*Müller-Armach*) zu sehen, so glauben sie doch — von Ausnahmen abgesehen — nach wie vor daran, daß die Marktwirtschaft alle Probleme löst. Nach ihrer Auffassung sind höchstens einige geringfügige Korrekturen notwendig.

Hier liegt einer der wesentlichen Unterschiede zwischen „sozialer“ und „sozialistischer“ Marktwirtschaft. Für den Sozialismus ist Marktwirtschaft nur eine Teilfrage der Wirtschaftsverfassung, ein Ordnungsmittel, das unter bestimmten Voraussetzungen einige wesentliche wirtschaftspolitische Aufgaben lösen kann. Für den Liberalismus steht auch heute noch die Marktwirtschaft im Mittelpunkt aller wirtschaftspolitischen Überlegungen, alle anderen Probleme sind nur Randerscheinungen.

Die Wirtschaftspolitik wird, wie es auch in den zu Anfang gemachten Äußerungen zum Ausdruck kommt, weitgehend mit dem Problem der Marktwirtschaft gleichgesetzt. So umfaßt das neoliberale Programm in erster Linie Forderungen, die die Herstellung und Erhaltung des vollständigen Wettbewerbs zum Ziel haben, z. B. Gewerbefreiheit, Kartellgesetz, Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Den wesentlichen Fragen der inneren Gestaltung der Unternehmen, der Einkommensverteilung, der Sozialpolitik und ähnlicher für die Lebenslage der Menschen entscheidender Fragen wird dagegen nur wenig Beachtung geschenkt. Auch über den Einfluß des Wirtschaftslebens auf die Haltungen der Menschen macht man sich keine Gedanken. Wenn zu diesen Problemkreisen Stellung genommen wird, dann werden sie nur im starren Blick auf die Marktwirtschaft beurteilt. So löst man z. B. die Frage nach dem besten und anzustrebenden Typ der Unternehmen dadurch, daß man sagt, der Gewinnmaximum anstrebende Privatunternehmer werde dem Gebot der Marktwirtschaft am besten gerecht. Daraus entsteht dann die Forderung, möglichst die privaten Erwerbsunternehmen zu fördern und das Vordringen der Selbstversorgungsge nossenschaften zu bremsen. Aus dieser Sicht muß man auch eine echte Mitbestimmung zu verhindern suchen. Man prüft gar nicht die Frage, ob anderen Typen von Unternehmen als den rein erwerbswirtschaftlichen vielleicht aus bestimmten Gründen der Vorzug gegeben werden sollte und ob sie nicht auch in ein marktwirtschaftliches Ordnungssystem eingebaut werden können.

Das starre Ausrichten an der sogenannten „Marktkonformität“ engt den Blick für die tatsächlichen Erfordernisse und Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik ein. Besonders deutlich wird dies bei der Einkommens- und Verteilungspolitik. Sie tritt im neoliberalen Wirtschaftssystem völlig hinter der Produktionspolitik zurück. So hört man nicht selten die Forderung, die beste Verteilungspolitik sei das Streben nach einem höchstmöglichen Sozialprodukt.

Die Forderung nach Maximierung des Sozialproduktes, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik fast zu einem sittlichen Gebot gemacht worden ist, mag auf den ersten Blick als etwas Vernünftiges angesehen werden. Je mehr man hat, desto mehr kann man verteilen. Diese Binsenwahrheit ist aber auch das einzige, was mit der These „Maximierung des Sozialproduktes“ ausgesagt werden kann. Der Mensch ist nicht nur an der Befriedigung seiner sinnlichen, materiellen Interessen interessiert. Wenn man höchstmögliches Sozialprodukt fordert, muß man daher zumindest etwas aussagen über den Aufwand an Arbeitszeit und Arbeitsmühe, den man auf die Erstellung des Sozialproduktes verwenden will. Zudem ist das Sozialprodukt zuerst einmal nur ein rein statistischer Begriff, bei dem nichts darüber bekannt ist, ob hinter einem Posten von 20 000 DM ein Mercedes 300 in Luxusausführung, vier Volkswagen, 100 Fahrräder oder gar 20 000 Brote stehen. Nur das allein ist aber wesentlich. Wenn das Sozialprodukt um einige Milliarden erhöht wird, diese Erhöhung aber nur bestimmten Kreisen zugute kommt, werden die übrigen Gesell-

Schaftsmitglieder an dieser Erhöhung nicht sehr interessiert sein. „Keine marktwirtschaftliche Verfassung des Zusammenwirkens der Einzelwirtschaften in der Gesellschaftswirtschaft kann auf ihre Leistungsfähigkeit hin beurteilt werden, wenn nicht ganz bestimmte Aussagen über die anzustrebende qualitative Zusammensetzung des unter ihrer Herrschaft erarbeiteten ‚Sozialprodukts‘, ferner über die Verteilung dieses Sozialprodukts und über die Bedeutung der Werte zugrunde gelegt werden, die unmittelbar beim Erarbeiten dieses Sozialprodukts geschaffen oder zerstört werden“ (*Weisser*).

Diese Problematik ist leider von den Neoliberalen noch nicht erkannt worden, sie glauben — im allgemeinen — weiter an das „höchste Glück der großen Zahl“ und sind davon überzeugt, daß die Verteilung sich im Marktgeschehen weitgehend von selbst regelt, wobei sie unterstellen, daß abgesehen von kleineren Störungen das Marktergebnis auch das gerechteste ist. Hier wird dann die Überschätzung der Möglichkeiten der Marktwirtschaft zum Ökonomismus.

Die Frage, wieviel und was produziert werden soll und nach welchen Gesichtspunkten das erstellte Sozialprodukt zu verteilen ist, kann nicht aus der Wirtschaft selbst, von einem sogenannten „rein ökonomischen Standpunkt“ her, beurteilt werden. Einen solchen Standpunkt gibt es nicht. Bei den wirtschaftlichen Interessen handelt es sich stets um mittelbare Interessen. Wirtschaften ist immer nur eine Frage der Mittelwahl, nie aber eine Frage der letzten Ziele.

Aus der Wirtschaft, oder gar speziell aus dem Marktablauf, kann daher auch niemals etwas über die „richtige“ Verteilung ausgesagt werden. Das Ergebnis des Marktes ist so zufällig und von Faktoren abhängig, die der einzelne Arbeiter nicht beeinflussen kann, daß dieses Ergebnis offenkundig nicht das geringste mit einer „gerechten“ Verteilung zu tun haben kann. Das Marktgeschehen läuft so ab, wie es durch die gegebenen Daten rorgezeichnet ist. Jeder, der eine gerechte Verteilung anstrebt, muß sich daher zumindest mit den Ausgangsdaten gründlich auseinandersetzen und untersuchen, ob die gegebene Startposition mit seinem Maßstab von Gerechtigkeit in Übereinstimmung zu bringen ist.

Der Sozialismus hat sich mit dieser Frage weitgehend auseinandergesetzt und sie zu einem Zentralproblem seiner Wirtschaftskonzeption gemacht. Der Neoliberalismus ist — von Untersuchungen einzelner Vertreter (z. B. *Rüstow*) abgesehen — über diese elementaren Fragen zur Tagesordnung „Durchsetzung und Pflege der Marktwirtschaft“ übergegangen. So beantwortet *F. A. Hayek* die Frage nach der ungerechten historischen Startsituation damit, daß er sagt: „Gewiß ist in der Marktwirtschaft die Wahrscheinlichkeit des Reichwerdens für einen Armen weit geringer als für jemanden, der Vermögen geerbt hat. Abgesehen davon aber, daß auch der Arme reich werden kann, ist die Marktwirtschaft das einzige Wirtschaftssystem, in dem niemand ihn an dem Versuch hindern kann, reich zu werden.“ Hier wird noch einmal deutlich, wie wenig der Neoliberalist in der Lage ist, eine Antwort auf die letztlich entscheidenden Fragen alles Wirtschaftens zu geben und wie groß der Unterschied zwischen „sozialer“ und „sozialistischer“ Marktwirtschaft ist.

Eine gute Wirtschaftspolitik kann nur der treiben, der ein umfassendes Bild von der anzustrebenden Gestalt der menschlichen Ordnung hat und der sich über seine letzten Ziele im klaren ist. Auf die Ziele und Grundanliegen kommt es entscheidend an, die Frage der Mittel ist nur eine zweitrangige, ihre Wahl „kann und muß den wechselnden Umständen angepaßt werden“ (*Eichler*). Wer aus der Tatsache, daß zwei politische Richtungen in einem kleinen Teilbereich des menschlichen Lebens das gleiche Mittel wählen, schließt, daß zwischen ihnen keine wesentlichen Unterschiede mehr bestehen, handelt böswillig oder ist nicht in der Lage, logisch zu denken.

Sozialismus und Liberalismus sind nicht dadurch gleich, daß sie beide für Marktwirtschaft eintreten, und sie unterscheiden sich nicht dadurch, daß Unterschiede über die Form und die Durchführung der Marktwirtschaft bestehen, sondern dadurch, daß sie ein anderes Leitbild vom Menschen und der Ordnung des menschlichen Zusammenlebens haben.